

SPD/FDP/0004/2025

Sachbearbeitung: Parteienantrag SPD/FDP
Lisa Wall
Az:
Datum: 11.12.2025

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit	Abstimmung
Stadtverordnetenversammlung	11.12.2025	Entscheidung	

Antrag zum Haushalt 2026 der SPD und FDP Fraktion - Mehr Transparenz / Kürzung der Sach- und Dienstleistungen

Beschlussvorschlag:

1. Alle zukünftigen Haushalte werden beginnend mit dem Haushalt 2027 folgende Punkte beinhalten, um mehr Transparenz herzustellen:

a. Die Budgetübersichten werden transparenter dargestellt, indem eine einheitliche, klare und ausführliche Ziel- und Leistungsbeschreibung erkennbar wird.

b. Die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung werden in den jeweiligen Budgetübersichten mit entsprechendem finanziellen Ansatz aufgeführt und mit einem Ampelsystem versehen; inklusive ausführlicher Begründung des aktuellen Status.

c. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden transparent aufgeschlüsselt und entsprechend des Investitionsprogramms in Form von Projektlisten mit entsprechendem finanziellen Ansatz pro Budget aufgeführt.

2. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen des Haushaltsentwurfs 2026 werden in Anlehnung an das vorhergehende Haushaltsjahr 2025 um 1.344.409 EURO gekürzt und somit auf 9.900.000 EURO festgesetzt.

Begründung:

Um eine bessere Zielsteuerung des städtischen Haushalts zu gewährleisten, müssen wir als Stadtverordnete zum Ausdruck bringen, welche Informationen und Hebel (Kennzahlen) wir in zukünftigen Haushaltsentwürfen benötigen.

Hierzu ist es von großer Relevanz ablesen zu können, inwieweit sich die gefassten Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung im Haushalt widerspiegeln, wie sie sich in die gefassten Ziele (Eckwerte) einfügen und in der Leistungsbeschreibung der jeweiligen Budgets auswirken. Deshalb sollen die Budgets durch eine einheitliche Darstellung die jeweiligen Beschlüssen aufführen und über ein Ampelsystem den aktuellen Status leicht erkennbar und transparent kennzeichnen.

Außerdem ist es wichtig, dass die Aufwendung für Sach- und Dienstleistungen endlich transparent und aufgeschlüsselt dargestellt werden, indem sie entsprechend des Investitionsprogramms in Form von Projektlisten mit entsprechendem finanziellen Ansatz pro Budget aufgeführt werden. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Entwicklung der Sach- und Dienstleistungen intransparent und nicht nachvollziehbar ist. Seit dem Haushalt 2023 steigt der Ansatz das erste Mal über 10 Mio EURO und wird im aktuellen Haushaltsentwurf für 2026 mit über 11 Mio EURO sogar noch einmal übertroffen. Was sich jedoch hinter den Zahlen verbirgt, bleibt weiter intransparent.

**Differenzen zwischen Ansatz (Plan) und Ergebnis (Ist)
der Sach- und Dienstleistungen im Ergebnishaushalt**

Jahr	Plan	Ist	Differenz
2017	8.012.209,00	6.667.841,10	1.344.367,9
2018	8.556.071,00	7.474.431,54	1.081.639,46
2019	8.537.163,00	7.582.149,55	955.013,45
2020	8.475.575,00	7.913.151,16	562.423,84
2021	9.422.684,00	7.928.070,64	1.494.613,36
2022	8.547.323,00	8.090.031,02	457.291,98
2023	10.273.069	9.785.763	487.306
2024	10.734.260	10.078.637	655.623
2025*	9.881.714	8.419.245*	1.462.469*
2026	11.244.409	abzuwarten	abzuwarten

*Stand 4.11.2025

Ausgehend von der vorherigen Wahlperiode 2016 bis 2021 stellen wir weiterhin fest, dass mit Ausnahme der Haushaltsjahre 2019, 2020, 2022 und 2025 die Ansätze (Pläne) der Sach- und

Dienstleistungen im Ergebnishaushalt seit 2017 steigen; ganz besonders ab dem Haushaltsjahr

2023. Die entsprechenden Ergebnisse (Ist) zeigen jedoch, dass man mitunter deutlich unter den Ansätzen (Plan) bleibt.

Aufgrund der Intransparenz bei den Aufwendungen der Sach- und Dienstleistungen und den unbegründeten Erhöhungen der Ansätze, obwohl deutlich wird, dass die dazugehörigen Ergebnisse die Ansätze deutlich unterschreiten, sehen wir es daher für angemessen an, die geplanten Erhöhungen abzulehnen. Hierfür soll in Anlehnung an das vorhergehende Haushaltsjahr

2025 der geplante Ansatz für 2026 um 1.344.409 EURO gekürzt und somit auf 9.900.000 EURO festgesetzt werden.

Eine Erhöhung, vor allem in dieser Höhe, bedarf einer ordentlichen Rechtfertigung aus Magistrat

und Verwaltung, die bisher gänzlich fehlt. Leistungseinbußen sind hier nicht zu erwarten und sollten diese dennoch im laufenden Haushaltsjahr 2026 auftreten, können finanzielle Mittel noch immer als außerordentliche Ausgaben gewährt werden.

Die so eingesparten 1.344.409 EURO machen eine Erhöhung der Grundsteuer B um 150

Punkte
und umgerechnet 1.215.900 EURO obsolet.